

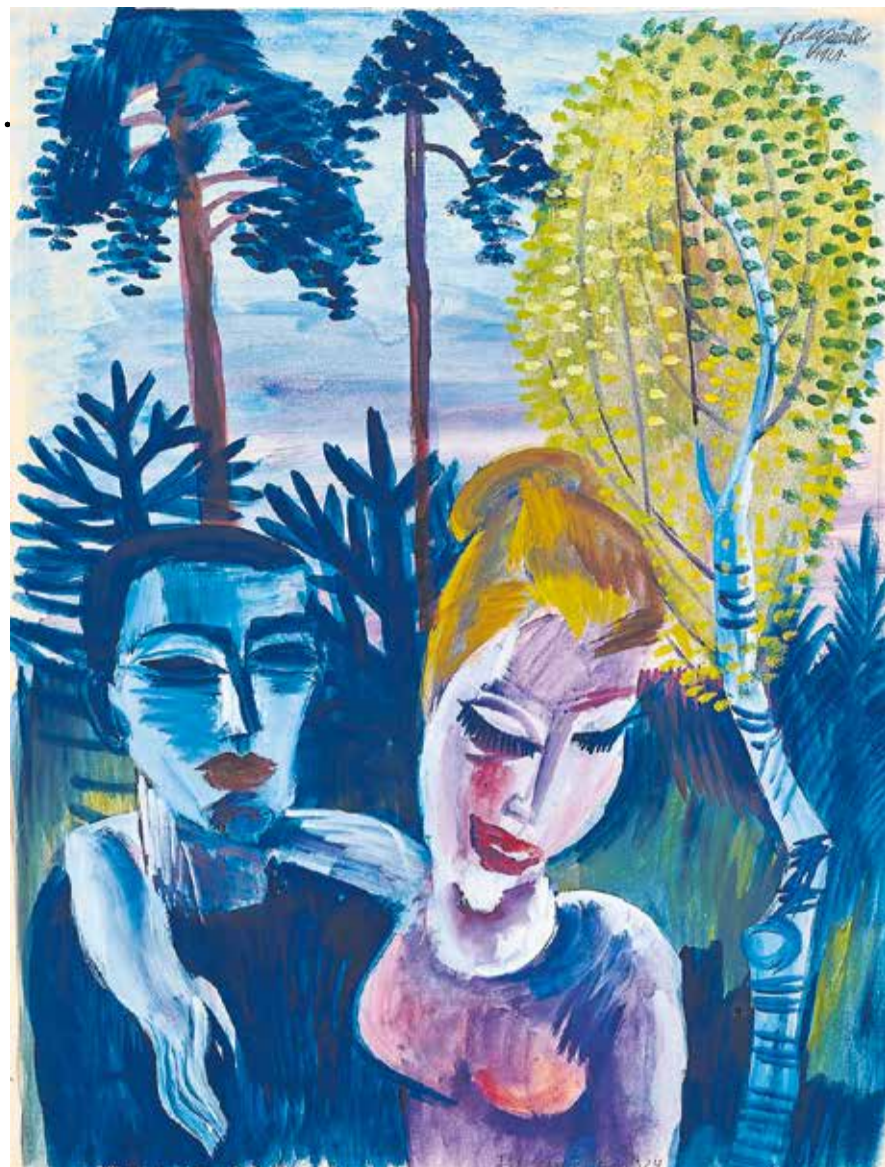
Von Johanna Schmeller

Schwarz unterlaufene Augen in einem flammend rot gepuderten Gesicht blinzeln leer unter einem Schlapphut hervor. Die schmutzig weiße Hutkrempe sitzt auf dem Pelzkragen auf. Die Lider hängen halb über dem gleichgültigen Blick, der Mund steht offen, kein bisschen lasziv, nur verbraucht, nur matt, nur müde. „Straßenbild“ heißt die Aquarellzeichnung, die der Dadaist George Grosz mit schnellem Strich auf Karton geworfen hat. Seine Bilder sind Porträts nur knapp diesseits des Todes.

So bereitet die Schau „Bestandsaufnahme Gurlitt – ein Kunsthändler im Nationalsozialismus“ in Berlin gleich ab den ersten Metern den emotionalen Boden für alles, was nachfolgend an Sachinformation aufgenommen werden soll. Die Ausstellung versucht einen nuancierten Blick auf einen historisch schwer belasteten Kunstbestand. Neben Claude Monet, Camille Pissarro, Georges Seurat und einigen Künstlern des „Blauen Reiters“ sind bis zum kommenden Frühjahr im Gropius Bau Arbeiten von Edgar Degas, Henri de Toulouse-Lautrec sowie kleinere Werke von Max Beckmann und Pablo Picasso zu sehen. Insgesamt werden rund 200 Werke teils noch ungeklärter Provenienz gezeigt, die der deutsche Kunsthistoriker Hildebrand Gurlitt (1895–1956) zusammengetragen hat.

Erstmals zeigten Museen in Bonn und Bern im vergangenen Herbst Werke aus dem sogenannten „Schwabinger Kunstfund“. 2010 war Gurlitts Sohn Cornelius Gurlitt ins Visier der Steuerfahndung geraten. 2012 wurde bei einer Durchsichtung das Erbe seines Vaters in seiner Münchner Wohnung beschlagnahmt.

Die Doppelausstellung war ein weiteres Kapitel im berühmtesten Kunstkrimi der Republik. Die Bonner Bundeskunsthalle legte den Fokus akribisch und teils zu technisch auf die Provenienzforschung. In Bern waren Werke zu sehen, die die Nazis als „entartet“ qualifiziert hatten, weil sie ihrem biedereren, menschenverachtenden Weltbild nicht entsprachen. In Berlin gelingt nun, was vor einem



Conrad Felix Müller (1897–1977) „Paar in Landschaft“, 1921, Gouache auf Velinpapier, Legat Cornelius Gurlitt 2014, Provenienz bislang nicht aufklärbar Foto: VG Bild-Kunst, Bonn 2018

## Porträt eines kunstsinnigen Kollaborateurs

Der Gropius Bau in Berlin zeigt von den Nationalsozialisten als „entartet“ diffamierte Werke aus dem spektakulären „Schwabinger Kunstfund“ von Hildebrand Gurlitt. Der Spagat zwischen Geschichts- und Kunstvermittlung gelingt

knappen Jahr offenbar noch zu schwierig schien: Der Skandal um den „Kunstschatz“, dessen Wert besonders die Boulevardpresse stark überzeichnete, wird elegant umschifft. In sieben Räumen zeigt die Ausstellung vielmehr Etappen, die Gurlitts Sammlung im Kern bestimmen: Sein Faible für die Avantgarde („Umkämpfte Moderne“), den Einfluss europäischer Wechselwirkungen („Streit um nord-

sche Kunst“ und „Handelsplatz Paris“), seine Annäherung an Kunst als Ware („Lukrative Geschäfte“) und den enormen Einfluss der Nazi-Repressalien auf die deutsche und die internationale Kunstszene („Kunstpolitik im NS-Staat“, „Der NS-Kunstraub und der ‚Sonderauftrag Linz‘“, „Neuanfang mit Altlasten“).

Die Ausstellung porträtiert Hildebrand Gurlitt als kunstsinnigen Kollaborateur: In den zwanziger Jahren war er in Dresden und Zwickau Museumsdirektor, bevor er 1933 Leiter des Hamburger Kunstvereins wurde. Nach seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten – Gurlitt war Enkel einer deutschen Jüdin – handelte er privat mit Kunst.

Ab 1937 – als erstmals im Münchner Haus der Kunst sogenannte „Entartete Kunst“ gezeigt wurde – war er, der große Werkkonvolute von George Grosz und Otto Dix aufkaufte. Ab 1938 gehörte Gurlitt zu einer Gruppe von vier Kunsthändlern, die die Nationalsozialisten mit dem Verkauf von beschlagnahmten Werken rassistisch oder politisch verfolgter Künstler betrauten. Er übernahm damals selbst fast 4.000 „entartete“ Werke. Rund 500 Werke aus dem Fundus von Gurlitt sollen heute noch dazugehören.

Ab den vierziger Jahren war Gurlitt an den Kunstmärkten in Frankreich, Belgien und in den Niederlanden aktiv. An den Massenenteignungen der Nationalsozialisten sei er nicht direkt beteiligt gewesen, bahnte aber durch gute Geschäftskontakte ins europäische Ausland im „Sonderauftrag“ Adolf Hitlers 1944 den Verkauf von rund 300 enteigneten Kunstwerken an.

Als 1945 der Zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Rei-

ches endete, zog Gurlitt zunächst nach Bayern. Das Entnazifizierungsverfahren gegen ihn wurde 1948 ohne Verurteilung abgeschlossen, Gurlitt durch seine glänzende Vernetzung in der Kunstszene noch im selben Jahr zum Leiter des Düsseldorfer Kunstvereins.

Während in Bonn und Bern die historische Aufarbeitung

Die Geschäftsbücher von einigen um ihr Eigentum betrogenen jüdischen Sammlern werden gezeigt

im Vordergrund stand, überzeugt in Berlin die gelungene Gewichtung zwischen Erklären und Erkennen. Die Schau bietet eine glaubwürdige und vielschichtige Annäherung an die Persönlichkeit Gurlitts, ohne kritiklos zu sein: Die Geschäftsbücher von einigen um ihr Eigentum betrogenen jüdischen Sammlern werden neben ihren in Menschengröße auf die Wände aufgetragenen Porträts gezeigt.

Gerade für die Künstler der Neuen Sachlichkeit – mit denen die Schau einsteigt – waren der Erste Weltkrieg und die Novemberrevolution Momente, die aus Kreativen politische Intellektuelle machten. Ihre Bilder zeigen die grenzenlosen Schrecken, die sich mit Worten nur teilweise greifen ließen. Kunst wurde ihre Waffe – eine Waffe, die bis heute nicht an Schärfe verloren hat.

**Bis 7. 1. 2018, Gropius Bau Berlin.** Katalog, Hirmer Verlag, München, 2., überarbeitete Auflage, 348 Seiten, 29,90 Euro

## Er kämpft mit sich und seinem Umfeld

Was nützen 3.000 Arbeitsplätze auf Kosten der eigenen Gesundheit? Oliver Haffners Film „Wackersdorf“ stellt die Gewissensfrage

Von Elke Eckert

Es waren unruhige Zeiten in der Bundesrepublik. Seit den 1960ern trieb es die Leute zu Ostermärschen auf die Straße. Der Nato-Doppelbeschluss 1979, das atomare Wettüben machten ihnen Angst. Im März 1979 gab es einen Kernschmelzunfall im US-amerikanischen Harrisburg. Nun war es nicht mehr nur die Furcht vor dem Krieg, sondern auch vor der Atomenergie, die die Proteste wachsen ließ. 1983 nahmen bundesweit 700.000 Menschen an Friedensaktionen teil.

Bekanntermaßen sollte die Einsicht, dass Atomenergie keineswegs sauber und sicher ist, erst nach dem Reaktorunfall in Fukushima 2011 ein Umdenken in der deutschen Politik bewirken. Als 1981 der Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in der oberpfälzischen Gemeinde Wackersdorf geplant wurde, war Atomenergie für konservative Politiker noch das Synonym für Zukunft und wirtschaftlichen Aufschwung.

Sie hatten nicht mit dem massiven Protest der Bevölkerung gerechnet. Franz Josef Strauß, der ewige bayerische Ministerpräsident, erwartete wenig Widerstand in der Re-

sich damit nicht nur bei der CSU, sondern auch in seiner eigenen Partei Feinde. Ein Politiker aus dem Bilderbuch, der nicht an Machterhalt denkt, sondern seine Verantwortung ernst nimmt.

Er lässt sich anfänglich überzeugen von den unseriösen Versprechungen des bayerischen Umweltministers (von Sigggi Zimmerschied verschlagen und hinterhältig verkörpert) und von Billinger, dem Abgesandten der Betreibergesellschaft, den Fabian Hinrichs eiskalt und berechnend spielt. Eine Diskussion am Abendbrot mit der Tochter, die vom atomkritischen Physiklehrer erzählt, Anfeindungen von Bürgern („ihr seids die Marionetten vom Großkapital“) und das illegale Zerstören eines Beobachtungsturms auf privatem Gelände durch die Polizei – man sieht Johannes Zeiler als Landrat an, wie quasi von selbst die Zweifel an dem Megaprojekt wachsen.

Der Film beobachtet ihn, lässt ihm Zeit, die Kämpfe mit sich und seinem Umfeld auszufeuchten. Die großen Kämpfe, Menschenketten, prügelnde Polizisten, zeigt Haffner nur in Rückblenden mit Originalfilm-ausschnitten. Sein Fokus ist der Alltag, es sind die Ortsgruppenversammlungen und Dorffeste,



Zweifelfind: Johannes Zeiler (links) in „Wackersdorf“ Foto: Alamode

gion. Die einstige Braunkohleregion kämpfte mit hohen Arbeitslosenzahlen. FJS versprach den Betreibern stabile politische Verhältnisse und Akzeptanz durch die „industriegewohnte Bevölkerung“. Daraus wurde nichts.

Zu Beginn der Rodungen im Taxöldener Forst entstanden im Dezember 1985 die Hütendörfer „Freie Oberpfalz“ und „Freie Republik Wackerland“. Der Unmut in der Bevölkerung und Demonstrationen mit 35.000 Menschen auf dem Schwandorfer Marktplatz bewirkten bei der bayerischen Staatsregierung aber kein Einlenken, sondern immer stärkere Repressionen: Demonstrationsverbote, Umstellungen von Dörfern durch die Polizei und massenhafte Verhaftungen schaukelten die Stimmung hoch. Die Boulevardpresse sprach von einem „Bürgerkrieg“.

Der Film „Wackersdorf“ zeigt wenig von dieser spektakulären Seite. Regisseur Oliver Haffner konzentriert sich auf die Gewissensfrage: „Was hast du denn von 3.000 Arbeitsplätzen, wenn es auf Kosten deiner Gesundheit geht?“ Das fragt sich der SPD-Landrat Hans Schuierer und macht

auf denen der Riss durch die Gesellschaft klar wird.

Haffner hat den Landrat nach langen Gesprächen als Hauptperson für die Geschichte ausgewählt. Schuierers Entwicklung hin zum Kämpfer gegen die Atomkraft ist stellvertretend für die Entwicklung eines Teils der Gesellschaft, für das Aufbegehren gegen staatliche Willkür – auch wenn es persönlich Nachteile bringt. Der Landrat wurde durch ein gegen ihn gerichtetes Gesetz vom bayerischen Staat entmachtet: Seine Zustimmung zum Bau der Anlage war nicht mehr nötig.

Die Menschen der Region hielten zu ihm, seine Amtszeit überdauerte die WAA. 1989 kam das Aus, nach sieben Jahren Protesten mit mehreren 100.000 DemonstrantInnen, einem massiven Aufstocken der Ausgaben für die bayerische Polizei, 881.000 Einwendungen von Bürgern und der Verschwendung von 10 Milliarden Mark wurde eines der umstrittensten Bauwerke der Bundesrepublik ad acta gelegt.

„Wackersdorf“. Regie: Oliver Haffner. Mit Johannes Zeiler, Peter Jordan u. a. Deutschland 2018, 123 Min.

taz genossenschaft

# DEN FUGEN WELT DIE GANZE IST AUS.

Demokratische  
Gesellschaften  
brauchen eine  
unabhängige Presse.



Setzen Sie ein Zeichen für Meinungsvielfalt und gegen Meinungsmache. Werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft. Mit einer Einlage ab 500 Euro (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) können Sie MiteigentümerIn werden.

geno@taz.de | T (030) 25 90 22 13 | www.taz.de/genossenschaft

RM | SEHSTERN